



Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 7+8/2024



Gottesbezug ein alter Zopf?

Dr. Burkhard Budde > 5

**Wie kann der christliche Glaube
die Demokratie stärken?**

Isabel Hartmann,
Prof. Dr. Reiner Knieling > 6

**Die Kirchen der Reformation
in der Diaspora**

Karsten Matthis > 12

*Das „C“ ist der
Identitätskern der Union*

Thomas Rachel MdB > 3



Liebe Leserin, lieber Leser,

während ich diese Zeilen verfasse, neigt sich die erste Jahreshälfte von 2024 bereits mit Siebenmeilenstiefeln ihrem Ende zu. Nicht nur in der Politik fragen wir uns, wie schnell doch schon wieder die ganze Zeit vergangen ist! Und es waren zweifelsohne auch wieder ausgesprochen ereignisreiche und bewegende Monate, auf die wir nun zur Schwelle der Sommerpause zurückblicken können.

Auf dem **36. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) in Berlin** haben wir Anfang Mai das neue CDU-Grundsatzprogramm verabschiedet. Ein langer, intensiver und bisweilen von manchen Hürden, zeitweiligen Irritationen und Hindernissen begleiteter Weg ist erfolgreich zu Ende gegangen. Einen großen und entscheidenden Anteil daran, dass dieses vierte Grundsatzprogramm in der Geschichte der CDU – wie seine Vorgänger – wieder ganz klar und deutlich vom für uns zentralen **Bekenntnis zu den zentralen christlichen Wertegrundlagen** geprägt ist, hat vor allem der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK). Ich persönlich habe mich dabei in den vergangenen Jahren immer wieder intensiv und unermüdlich dafür eingesetzt, dass auch für die künftige Generation des christdemokratischen Nachwuchses selbstverständlich bleibt, dass **das C der entscheidende Kompass unseres Politikverständnisses** bleibt. Dieser Einsatz, der alle Kraft gekostet hat, ist nun belohnt worden. Aber ohne die engagierte Mithilfe unseres EAK-Bundesvorstandes, unserer EAK-Grundsatzkommission, unseres EAK-Bundesgeschäftsführers sowie all unserer EAK-Landesverbände, EAK-Landesvorsitzenden und EAK-Mitstreiter auf allen Ebenen wäre dies so nicht möglich gewesen. Mein tiefer und herzlicher Dank geht daher an alle, die uns in unserer Arbeit – auf welchem Wege auch immer – unterstützt haben und bitte auch weiterhin unterstützen!

Als am Ende der Antragsberatungen zum Einleitungskapitel des Grundsatzprogrammes die von uns als EAK hineinverhandelten **Passagen zum „Gottesbezug“ und zur „Gottesebenbildlichkeit“** vorgelesen und zur finalen Abstimmung gebracht wurden, gab es in den Reihen der 1001 Delegierten auf dem Parteitag einen ganz spontanen, großen und überwältigenden Szenenapplaus. Das war ein einmaliger Gänsehautmoment: Seit 1980 bin ich auf CDU-Parteitagen, aber ich kann wohl sagen: Etwas Vergleichbares habe ich noch nicht erleben dürfen! **Das belegt einmal mehr, dass das C der eigentliche identitätsstiftende Kern der Union ist und auch in Zukunft bleiben muss.**

Bei den **Europawahlen** ist die Union nun stärkste Kraft geworden. Auch das ist ein Erfolg und Grund zur Freude. Die Union

ist der klare Wahlsieger. Das bestätigt uns – gerade in Zeiten einer neuen Weltordnung – in unserem Kurs für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in einem geeinten Europa. Besonders freue ich mich über die gestiegene Wahlbeteiligung. Das zeigt: **Europa ist und bleibt unsere Zukunft!**

Bedrückend ist allerdings das Ergebnis der **AfD** (insbesondere in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg) sowie das **Erstarken weiterer radikaler politischer Ränder**, übrigens auch **von ganz links**. Es ist ein äußerst bedenkliches Alarm-Signal – gerade auch an die Ampelregierung –, dass die AfD trotz ihrer jüngsten Korruptionsskandale und fortwährenden rechtsradikalen Entgleisungen mehr Zuspruch erhalten hat als die einstmalige Volkspartei SPD. Die Grünen sind ebenfalls radikal abgestraft worden und die **FDP** hat mit 5,2 % ein Prozent weniger Stimmen als die neue Parteigründung von Sarah Wagenknecht (**BSW**) bekommen. **Die größte Wählerwanderung seit 2019**, nämlich rund 570.000 Wählerstimmen, bei den Europawahlen hat es übrigens **von der SPD zur AfD** gegeben! Die Ampel ist so schwach wie die AfD stark ist.

Die **Mehrheit der kirchlich gebundenen Wählerschaft**, evangelisch wie römisch-katholisch, hat demgegenüber aber **CDU und CSU** ihre Stimme gegeben. So viel übrigens zum Thema „Rechtsruck“, einem Etikett, das in den öffentlich-rechtlichen Medien und manchen Nachrichtenagenturen fälschlicherweise immer wieder gerne auch der Union verpasst wird!

All das zeigt, dass es auf CDU und CSU ankommt. Die Union ist die letzte verbliebene Volkspartei der Mitte! Sie ist das Bollwerk gegen die massive gesellschaftliche Spaltung, die von den radikalen Rändern des politischen Spektrums ausgeht. Sie ist die einzige Alternative zur **desolaten Politik der Ampel aus SPD, Grünen und FDP**, die sich mittlerweile zu einem **Risiko für unseren gesellschaftlichen Frieden, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit zu entwickeln scheint.**

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine schöne und erholsame Sommerzeit!

Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

In Freiheit leben.



Das „C“ ist der Identitätskern der Union

Rede auf dem 36. Parteitag der CDU Deutschlands in Berlin vom 7. Mai 2024

Thomas Rachel MdB, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Sehr geehrte Herr Vorsitzender, lieber Friedrich,
Lieber Carsten Linnemann,
liebe Freundinnen und Freunde!

Hier in Berlin hat die Geschichte unserer CDU einst begonnen.
Im Jahre 1945. Vor fast acht Jahrzehnten.

Hier in Berlin haben wir uns heute versammelt,
- um das nun vierte Grundsatzprogramm zu diskutieren
- um uns über unser Selbstverständnis und unsere Werte zu verständigen.

Dabei müssen wir eines im Blick behalten: Die Erfolgsgeschichte der CDU ist mit einer grundlegenden Entscheidung verbunden: Das ist das „C“ in unserem Namen!

Nach der moralischen Katastrophe des Nationalsozialismus, in der entscheidenden Stunde „Null“ entstand die CDU als die erste große ökumenische Bewegung der Nachkriegszeit, die – getragen und inspiriert vom christlichen Menschenbild – Politik formulierte.

Und das war und ist nichts anderes – als „CDUpur“!

Liebe Freundinnen und Freunde!

II. Die historische Situation damals war gewiss einmalig!

Aber gerade auch in den heutigen Zeiten einer neuen Weltordnung ist diese Entscheidung für uns weiterhin grundlegend und inspirierend. Das C ist auch heute noch so notwendig und unverzichtbar wie nie zuvor!

Im Namen Gottes fangen wir unsere Parteitage mit einem ökumenischen Gottesdienst an. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal in der Parteienlandschaft und eben auch: CDU pur.

Warum ist das C als Alleinstellungsmerkmal auch im neuen, vierten CDU-Grundsatzprogramm so wichtig? Es ist eben das C, das die einigende Klammer für die bunte Vielfalt unserer unterschiedlichen politischen Strömungen bildet.

- Das C sorgt dafür, dass das Liberale menschlich bleibt.
- Das C sorgt dafür, dass das Soziale nicht in einen neuen Sozialismus führt.
- Das C sorgt dafür, dass das Konservative nie in eine Blut- und Bodenideologie abgeleitet.
- Das C ist eine klare Grenze nach rechtsaußen.
- Das „C“ ist aufgrund seiner universalen Botschaft, das den



einzelnen Menschen in seiner Einzigartigkeit in den Mittelpunkt stellt, gerade nicht exklusiv, sondern plural anschlussfähig, inklusiv und integrativ.

Nie war das „C“ deshalb so wertvoll in seiner Bedeutung für den Zusammenhalt unseres Landes, wie heute.

Das bedeutet: Vereint, statt gespalten und Brücken bauend in alle Milieus und Schichten unserer bunten Gesellschaft hinein! Lebensnah statt ideologisch. Den Menschen in ihrer ganzen Vielfalt zugewandt – statt ausgrenzend!

Und nicht zuletzt: Hoffnungsstark, gerade auch in bedrückenden Zeiten einer Welt in Unordnung!

Wie hochaktuell! Gestern, wie heute und in Zukunft!

III. Liebe Freundinnen und Freunde,

unser Menschenbild unterscheidet sich dabei grundlegend von anderen politischen Strömungen: Karl Marx schrieb, der Mensch, wie er geht und steht, sei nicht der eigentliche Mensch, sondern er müsse das richtige gesellschaftliche Bewusstsein haben und der richtigen Klasse angehören. Bei den Nazis musste er der richtigen Rasse angehören. Bei den Nationalisten der richtigen Nation.

Die Gruppe der sogenannten „Christen in der AfD“ unterscheidet Völker und damit Menschen nach ihrer (Zitat) „Blutsgemeinschaft“.

Die Fundamentalisten verlangen, dass der Mensch die richtige Religion hat, sonst wird er unterdrückt oder gar vernichtet. Bei anderen Fundamentalisten muss der Mensch das richtige Geschlecht haben, er darf bloß keine Frau sein. Sonst ist er von vornherein ein Mensch zweiter Klasse.

Offenkundig ist die Frage nach dem Menschenbild von entscheidender politischer Bedeutung.

Für uns Christdemokraten ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. So wollen wir es auch in unser CDU-Grundsatzprogramm schreiben.

Nach dem christlichen Menschenbild ist jeder Mensch einzigartig, in seiner Würde unantastbar – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Geschlecht.

Das soll uns auch künftig prägen.

Lassen Sie uns deshalb im CDU-Grundsatzprogramm formulieren: „Unsere Politik beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen.“

Dies bringt den Gedanken der verantworteten Freiheit wunderbar auf den Punkt und zeigt zugleich die Begrenztheit des eigenen Handelns.

Das ist die christdemokratische Handschrift, die ich mir für unser neues Grundsatzprogramm wünsche.

Vielen Dank!



Thomas Rachel MdB

ist Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Sprecher für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).



Gottesbezug ein alter Zopf?

Dr. Burkhard Budde

Ist eine moderne Gesellschaft von allen guten Geistern verlassen? Oder ist der Gottesbezug tatsächlich ein alter Zopf, der abgeschnitten gehört, weil er von vielen Menschen nur noch kopfschüttelnd hingenommen, belächelt oder gar verachtet wird? Zum Beispiel der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes, in der Eidesformel am Schluss eines Amtseides oder in einem Grundsatzprogramm einer Partei? Ist dieser Hinweis auf Gott etwa eine religiöse Dekoration, die mehr abschreckt als einlädt, mehr spaltet als zusammenführt, mehr Gleichgültigkeit als Gemeinsinn verbreitet, weil sie missbraucht werden kann und aus der Zeit fällt?

Braucht der moderne Mensch, der sich am eigenen Schopf aus dem Lebensumpf zu befreien versucht, überhaupt noch ein unsichtbares Gegenüber, dessen Existenz nicht beweisbar ist, nur im religiösen Wort als allgegenwärtige und allgütige Lebenskraft versprochen wird, aber im realen Leben ein Nischendasein fristet? Ist der Mensch von heute nicht ohnehin alleiniger Maßstab und selbstbestimmter Chef seines Lebens?

Um bei all diesen Fragen sich nicht im Nebel der Gefühle zu verlaufen, ist die Unterscheidung der Geister zu empfehlen: In unserer säkularen, vielfältigen und toleranten Demokratie, die christliche und humane Wurzeln und Prägungen hat, sollte niemand von Juden, Christen oder Muslime erwarten, dass sie ihren Gott leugnen (die Lateiner sprechen von „ignoratio Dei“). Oder dass Nicht-Gott-Gläubige einen Gott, den sie nicht kennen, anrufen („invocatio Dei“). Wohl aber können alle Menschen aus rationalen Gründen Gott benennen („nominatio Dei“).

Die Nennung des Namens Gott im Grundgesetz erinnert nämlich an die menschenverachtende Zeit des Nationalsozialismus. Diese bleibende Erinnerung ist zugleich eine ständige Aufforderung, aus der Geschichte zu lernen und den Anfängen von Antisemitismus und Rassismus, Hass und Gewalt zu wehren. Kein Staat, keine Partei, keine Organisation darf jemals wieder

allmächtig und totalitär werden, und dem Menschen seine individuellen Freiheiten nehmen, ihn zum Sklaven einer ideologischen Gruppe machen oder zum Handlanger eines entmenslichten Denkens erziehen wollen. Auch eine liberale Demokratie braucht ein unverfügbares Gegenüber („Theonomie“), um ihre aufgeklärte Menschlichkeit („Autonomie“) nicht zu verlieren.

Ein genannter Gottesbezug ist eine Vergewisserung: Jeder Mensch hat eine angeborene Würde geschenkt bekommen. Und dieses Geschenk kann kein Mensch an keinem Ort und zu keiner Zeit verlieren, weil kein Mensch, sondern der Geber dieser bedingungslosen Gabe außerhalb des menschlich Denkbaren liegt. Manche nennen es „Zufall“; aber vielleicht ist ja der „Zufall“ eine Möglichkeit Gottes, durch die Achtung der unantastbaren Würde seiner Geschöpfe zu wirken.

Schließlich weist der Gottesbezug alle Menschen auf eine letzte Verantwortungsinstanz hin: Auch der mächtigste Machtmensch, der brutal und gottlos lebt, wird sich hoffentlich vor menschlichen Gerichten, aber auch eines Tages – er lebt ja nicht ewig – vor der Instanz seines Schöpfers für seine Taten rechtfertigen müssen, der keine Moralkeule schwingt, wohl aber schon jetzt nach der Verantwortung des Menschen fragt.

Für bekennende Gottgläubige ist Gott kein abstraktes Objekt, keine leere Formel, kein Instrument der eigenen Wunscherfüllung, sondern ein freies handelndes Subjekt in allen Lebenslagen.

Für Nichtgläubige bietet die aufrichtige Nennung des Gottesbezuges die Möglichkeit, den eigenen Kopf von Allmachtsphantasien zu befreien und auf dem Teppich zu bleiben – kein alter Zopf, sondern ein attraktives Aussehen einer Gesellschaft mit menschlichen Gesichtern und klugen Köpfen, die eine wehrhafte Demokratie so nötig braucht.

Burkhard Budde ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand.



Wie kann der christliche Glaube die Demokratie stärken?

Isabel Hartmann und Prof. Dr. Reiner Knieling

1. Wie schaffen wir im derzeitigen Klima eine gute Kultur des Miteinanders?

Die Grundlagen der Demokratie bröseln

Die Grundlagen der Demokratie bröseln. Zum Glück nicht überall, aber in zu vielen Bereichen. Das Grundverständnis für eine offene Gesellschaft und funktionierende Demokratie ist in Teilen der Gesellschaft nicht mehr vorhanden.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Wo viele sich beteiligen und sich mit ihren Anliegen gesehen und repräsentiert fühlen, ist sie stark. Um Lust am Mitmachen zu bekommen, brauchen wir gute Erfahrungen. Und das Gefühl, dass die eigenen Anliegen in irgendeiner Weise im politischen Spektrum vertreten sind oder dass sie wenigstens gehört werden. Und dafür brauchen wir eine gute Kultur. Wir hören immer wieder: „Ich traue mich nicht mehr zu sagen, was ich wirklich denke.“ Wir hören das von Menschen, die z.B. in der Tierhaltung bzw. Fleischerzeugung tätig sind, ganz gleich ob herkömmlich oder biologisch: Wenn sie in „Veggie-Umgebungen“ dann auch noch sagen, dass sie selbst gerne ein Steak essen, haben sie das Gefühl, sich zu Außenseitern zu machen. Ähnlich geht es umgekehrt Menschen, die sich in eher traditionell geprägten Umgebungen konsequent für eine deutliche Reduktion des Konsums einsetzen und das auch leben im Verzicht auf Fleisch und Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel und das eigene Fahrrad. Immer häufiger sagen Menschen:

„Ich sage nicht mehr, was ich wirklich denke, weil ich den Eindruck habe, eine abweichende Meinung ist nicht erwünscht. Und es bringt auch nichts, sie zu äußern, weil eine Auseinandersetzung damit nicht stattfindet. Höchstens Ausgrenzung.“

„Wir brauchen mehr kommunikative Hygiene.“

Wie schaffen wir eine Kultur, in der Menschen mit gegensätzlichen Überzeugungen respektvoll ins Gespräch miteinander kommen, statt weiter auseinander zu driften? Wie schaffen wir eine Kultur, die von Respekt und Wertschätzung und Vertrauen geprägt ist? In der wir bereit sind, eigene Lösungsvorschläge nicht mit Lobbygruppen, Machtspielen, Drohungen und Bastasätzen durchzusetzen. Und in der auch die anderen darauf verzichten und wir gemeinsam die Erfahrung manchen: Wenn wir alle unsere Ideen ins Spiel bringen, aufeinander hören, miteinander ringen, kommt am Ende in der Regel etwas Besseres für alle heraus, als wenn sich entweder die eine oder andere Interessengruppe durchsetzt. Kompromisse, in denen verschiedene Anliegen konstruktiv aufgenommen werden, sind kein Ausdruck von Schwäche, sondern von Stärke und Qualität. Davon lebt ja die Demokratie.

Dass man unterschiedliche Überzeugungen haben und gleichzeitig miteinander verbunden sein kann im Ringen um die besten Lösungen für alle, scheinen mehr und mehr Menschen nicht mehr zu erleben oder zu wissen. So werden Menschen mit

anderen Meinungen schnell zu Feinden, die es zu bekämpfen gilt. Verbundenheit wird über Parolen hergestellt. Und Identität über Ausgrenzung. Kein Wunder, dass populistische Reden, einfache Lösungen, klare Einteilungen in drinnen und draußen ankommen. Und dass die Kampfsprache immer wieder in Gewalttaten eskaliert.

Wie schaffen wir in diesem Klima eine andere Kultur? Eine Kultur, in der das WIR wichtiger ist als die Selbstdurchsetzung oder wenigstens genauso wichtig. Und wie erleben wir ein gutes WIR auch für uns selbst?

„Wir brauchen mehr kommunikative Hygiene.“, sagte kürzlich ein politisch Verantwortlicher. „Wir tun ja auch uns selbst einen Gefallen, wenn wir anständig miteinander umgehen. Das ist gut für den eigenen Seelenfrieden. Und den der anderen. Es geht um die (Wieder-)Etablierung einer guten Streitkultur für ein besseres demokratisches Miteinander. Um uns selbst und der anderen willen; um der Menschlichkeit willen und der Glaubwürdigkeit, die damit verbunden ist. Aber auch um der Lösungen willen: Für gute, frische Ideen und nachhaltige Lösungen, die nicht einfach Vergangenes fortsetzen, braucht es kreativen Freiraum.“

Zu oft bleiben Ideen auf halbem Wege stecken

Wir brauchen einen guten Umgang miteinander, wenn wir zu guten Lösungen für die Zukunft kommen wollen. Zu oft bleiben gute Ideen auf der Strecke oder auf halbem Weg ihrer Realisierung stecken, weil Misstrauen und Missgunst sie ersticken. Das ist zu teuer, nicht nur finanziell. Menschliche Energie und Vertrauen, Kreativität, Gestaltungswille und Tatkraft werden verbrannt, bevor sie ans Ziel kommen und unserer Gesellschaft dienen können. Nach einer neuen Kultur des Miteinanders sehnen sich viele. Doch wie kommt sie in die Welt? Wer fängt damit an? Wie kann es gehen, ohne sich dabei von anderen ausnutzen zu lassen? Wie wird sie konkret und geschützt?

Wir brauchen die Erfahrung: Verbundenheit und Vielstimmigkeit schließen sich nicht aus.

Immer neue Forderungen helfen nicht. Wir brauchen Erfahrungen, die uns Mut machen. Menschen, mit denen wir erleben, dass das möglich ist: „Du bist Mensch, auch wenn Du etwas anderes vertrittst. Und ich bin Mensch.“ Verbundenheit entsteht im Ringen um gute Lösungen, wenn klar ist, dass es ums Wohl fürs Ganze geht. Verbundenheit entsteht, wo wir miteinander erleben, dass unsere Kräfte begrenzt sind und die einen die anderen brauchen, auch ihre Andersartigkeit. Und wir brauchen die Erfahrung, dass wir miteinander weiterkommen als wenn wir uns im Positionskampf einseitig als Gegenspieler sehen. Das setzt Unterscheidungsvermögen voraus: Wo ist Vertrauen möglich? Und wo schützen wir uns besser vor Winkelzügen und Strippenziehern?

2. Der christliche Glaube als Kraft für das demokratische Miteinander

Voraussetzungen, die der Staat nicht garantieren kann

In der Kurzform ist das Böckenförde-Diktum bekannt und wird häufig zitiert. Für unsere Fragestellung geben wir es ein bisschen ausführlicher wieder:

„So stellt sich die Frage nach den bindenden Kräften von neuem und in ihrem eigentlichen Kern: Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen

Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben.“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde: *Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte*, Frankfurt am Main 7/2019, 112 f.)

Der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde wollte 1964 damit besonders Katholiken gewinnen, die dem säkularisierten Staat skeptisch gegenüberstanden: Ihr werdet gebraucht! (Vgl. Anna Katharina Mangold, <https://verfassungsblog.de/das-boeckenfoerde-diktum/>, eingesehen am 13.5.2024). Böckenförde lenkte die Aufmerksamkeit auf das, was der Staat nicht herstellen und garantieren kann, was aber als gesellschaftliche Voraussetzung für demokratische Prozesse nötig ist: Zusammenhalt, gemeinsame Werte, Sinn für das Gemeinwohl. Und das verankert er nicht ausschließlich, aber bewusst auch im christlichen Glauben.

Der christliche Glaube hat eine Menge zu unserer heutigen Kultur, Gesellschaft und Demokratie beigetragen

Historisch hat der christliche Glaube eine Menge zu unserer heutigen Kultur, Gesellschaft und Demokratie beigetragen. Unsere westliche, freiheitliche Gesellschaft ist ohne das Christentum nicht zu denken. Die Würde des Menschen und die Achtung vor dem Individuum ist eng verbunden mit der Gottebenbildlichkeit eines jeden Menschen (vgl. z.B. Larry Siedentop: *Die Erfindung des Individuums. Der Liberalismus und die westliche Welt*, Stuttgart 3/2022). Dass das teilweise auch gegen machtförmige Strukturen innerhalb der Kirchen durchgesetzt werden musste, zeigt, dass die christliche Botschaft stärker ist als die jeweiligen kirchlichen Strukturen. Das lässt gelassen sein im Blick auf die Weiterentwicklung künftiger Kirchenreformen in der Gesellschaft. Die Entfaltung der Potenziale der Einzelnen und ihr gemeinschaftliches Handeln gehören zusammen. Das ist selbstverständlicher Teil des jüdisch-christlichen Menschenbildes und hat die soziale Marktwirtschaft wesentlich geprägt (vgl. z.B.: *70 Jahre Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises. Protestantische Ursprungslinien, Wirtschafts- und Sozialordnung, Entstehung und Wirkung*, hg.v. Evangelischer Arbeitskreis der Unternehmer in Deutschland e.V., 2015, in: https://www.aeu-online.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/2015AEU_FD70_web.pdf, eingesehen am 13.5.2024)

Die Frage nach dem, was der christliche Glaube der Gesellschaft geben und zu einer guten Gestaltung demokratischer Prozesse beitragen kann, ist auch 60 Jahre nach dem Böckenförde-Diktum höchst aktuell. Manche sind vorsichtig damit, weil ihnen der Respekt vor anderen Religionen und Weltanschauungen wichtig ist. Oder weil Negativschlagzeilen über die Kirchen manchmal das verstellen, was es alles an positiven christlichen Quellen gibt. Das schließt sich ja keineswegs aus: Selbstbewusst die christlichen Wurzeln und Werte einbringen und vertreten – und andere achten und gemeinsam mit ihnen für ein gutes Miteinander eintreten. Es liegt doch im Wesen des christlichen Glaubens, die Würde eines jeden Menschen zu stärken und sich auf das auszurichten, was für das Ganze gut ist.

Christliche Potentiale und Ressourcen für demokratische Grundhaltungen

Was steckt im christlichen Glauben konkret an Potential, wie wird er zur Ressource, um die Demokratie zu fördern, zu stärken und zu schützen?

1. Das jüdisch-christliche Menschenbild ist die Grundlage der Menschenwürde: Jeder Mensch ist gleichwertig, denn in allen Menschen hat sich Gott in gleicher Weise ein Ebenbild erschaffen (1. Mose 1). Dies gilt für alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, Herkunft, Leistungsfähigkeit, politischer Überzeugung, gesellschaftlicher Stellung etc. Als verantwortliche, schöpferische Geschöpfe sind alle Menschen miteinander verbunden, auch wenn sie es nicht so empfinden. Ihre geschöpfliche Verbundenheit ist nach christlicher Überzeugung etwas Gegebenes, das Menschen nicht auflösen können. Oder positiv gesagt: wenn Menschen gemeinschaftlich erkennen, dass sie miteinander verbunden sind, führt es sie in ihre Kraft.
2. In der Wertschätzung der Gottebenbildlichkeit liegt auch die Vielstimmigkeit einer Gesellschaft begründet. Weil alle gleichwertig sind, dürfen nicht Einzelinteressen dominieren. Alle verdienen Aufmerksamkeit und Respekt für ihre Meinungen und Interessen, Bedürfnisse und Perspektiven.
3. Aus der Gottebenbildlichkeit und geschöpflichen Verbundenheit folgt die geteilte Verantwortung für das Wohl der Gemeinschaft, des Miteinanders. Alle tragen zum Gemeinwohl, zum Ganzen bei. Alle haben Potentiale, allen wurden Gaben anvertraut, die zur Entfaltung kommen sollen zum Wohl des Ganzen. Christen verstehen sich und andere als Mitschaffende an Gottes Seite (*synergein*, vgl. z.B. *Genesis 1,27–31* und *1.Korinther 3,5–17*). Dabei geht es um Fürsorge und Gestaltung, nicht um Ausbeutung.
4. Geschöpf zu sein heißt nicht der Schöpfer selbst zu sein. Geschöpfe sind begrenzt und angewiesen aufeinander. Daher braucht jedes Geschöpf die Ergänzung durch die anderen Mitgeschöpfe, die das einbringen können, was es selbst nicht hat. Und umgekehrt kann jedes Geschöpf das beisteuern, was zur Unterstützung der anderen und des Gemeinwohls von ihm gegeben werden kann. Der christliche Glaube hat ein volles Ja zur Potentialität und Begrenztheit eines jeden menschlichen Beitrags.
5. Wir verdanken unser Leben nicht uns selbst. Niemand hat sich selbst erschaffen. Christinnen und Christen wissen: Wir verdanken uns Gott, der am Anfang und als lebendige Schöpferkraft kontinuierlich in den Menschen und der Welt wirkt. Daher schätzen sie die Ausrichtung auf diese Quelle, aus der wir leben; auf die Lebenskraft, aus der wir schöpfen; die Hoffnung, die uns morgens aufstehen lässt. Von dieser Ausrichtung empfangen Christinnen und Christen Lebens- und Tatkraft. Die Präsenz des christlichen Glaubens in der Gesellschaft steht für die Ausrichtung auf die göttliche Urquelle und befreit vor Überforderung, selbst Schöpfer und Quelle sein zu müssen. Das fördert den Mut, zu Fehlern zu stehen; lässt uns entschieden für das eintreten, was wir für richtig halten, und zugleich demütig sein. Im christlichen Glauben verbinden sich Selbstbewusstsein und Bescheidenheit. Und Respekt allen anderen Menschen mit anderen Überzeugungen gegenüber.
6. Um unsere eigene Bezogenheit auf Gott zu wissen hilft, den Unterschied zu wahren zwischen Gott und uns. Die Beziehung zu Gott zu pflegen, sich immer wieder auf ihn auszurichten, lässt uns den Unterschied erleben zwischen diesem großartigen Geheimnis und uns. Bonhoeffer hat zwischen dem Vorletzten und Letzten unterschieden. Alles, was wir vorschlagen, entwickeln und tun bewegt sich im Bereich des Vorletzten. Es ist nie identisch mit dem Letzten, nie letztgültig.
7. Das christliche Gottesverständnis stellt heraus: Gott ist die Kraft des Guten. Gott ist pures Vertrauen in uns Menschen und hat Lust (*Psalms 18,20*), unsere Potenziale zur Entfaltung zu bringen. Gott ist die Friedenskraft, die größer ist als wir und der wir mit unserer begrenzten Menschenkraft „nur“ dienen können. Aber das können wir auch! Und im Bereich des Vorletzten streiten, was den Frieden in dieser Welt am besten fördert, können wir. Und denen widerstehen, die den Frieden mit Füßen treten. Gott ist die Hoffnungskraft, die uns findet, wenn uns die Hoffnung abhandengekommen ist.
8. Das spiegelt sich auch im sog. Doppelgebot der Liebe (*Markus 12,28–31 par.*). Gott von ganzen Herzen suchen und lieben schließt ein: Von ihm gefunden zu werden. Und von ihm geliebt zu werden: so, wie wir sind. Und nicht erst dann, wenn wir unserem oder seinem Ideal entsprechen. Daraus entsteht Kraft, Aufrichtung, Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit und Freiheit. Und das ist unmittelbar verbunden mit der Nächstenliebe, bei der ist nicht um „Liebesromantik“ geht, sondern um faires Verhalten, Anstand, Hilfsbereitschaft, konkrete Taten. Im Matthäusevangelium schließt Jesus sogar die Feindesliebe ein (*Matthäus 5,43–44*).
9. Christinnen und Christen verbinden sich mit allen Menschen, die für diese Werte eintreten, ganz gleich, welchen religiösen oder weltanschaulichen Hintergrund sie haben.
10. Als Christinnen und Christen vermuten sie oft noch Gutes in Menschen, in denen es andere schon längst nicht mehr sehen. Nicht, weil sie an die Menschen glauben. Sondern weil sie mit Gottes Gegenwart in ihnen rechnen; weil sie darauf vertrauen, dass seine Ebenbildlichkeit in Menschen zur Wirkung kommt. Auf der anderen Seite wissen sie auch um Abgründe, Feindseligkeiten und Zerstörungskräfte. Sie nennen sie beim Namen, damit sie nicht im Verborgenen wuchern; damit sie nicht im Untergrund ihr Unwesen treiben und damit ein Umgang gefunden werden kann. In allem wissen sie, dass ihre Urteile etwas Vorletztes sind, dass sie irren können und dass sie die Entwicklungen möglicherweise korrigieren. Weil sie um das Vorletzte in ihren Entscheidungen wissen, können sie umso entschiedener Verantwortung übernehmen.

Achtung Missbrauch

Manche sind vorsichtig mit zu viel christlichem Selbstbewusstsein, weil es ja auch die anderen Erfahrungen gibt: Dass Akteure den christlichen Glauben dafür benutzen, die eigene Macht zu stärken und andere zu schwächen. Das kann sehr subtil geschehen. Oder ganz offensichtlich: Wenn die eigene Gruppierung, Partei etc. christlich aufgewertet wird und andere Gruppierungen, Parteien, Menschen, Gruppe, Völker abgewertet werden. Vor populistischen Verhalten sind auch christliche Institutionen und Menschen nicht gefeit. Deshalb: Der christliche Glaube darf nicht missbraucht werden für die Durchsetzung der eigenen Interessen im gesellschaftlichen Diskurs.

Christlicher Glaube entfaltet dort seine Kraft, wo er integrativ wirkt; wo er aufmerksam ist für die Würde eines jeden Menschen – man könnte auch sagen: für das Göttliche in jedem – das doch keine und keiner für sich allein beanspruchen kann. Diese Aufmerksamkeit ist das Gegenteil von Ausgrenzung, Rechthaberei, Übergriffigkeit.

Um dieses Wissen wachzuhalten, um daran zu erinnern und um diese Kultur zu leben und zu fördern, dafür braucht es Christinnen und Christen in der Politik in verschiedenen Parteien und in gesellschaftlicher Verantwortung. Überall, wo Christinnen und Christen dafür eintreten und die göttliche Würde in jedem Menschen achten, dienen sie dem Wohl des Ganzen und der Demokratie.



3. Aus den christlichen Wurzeln heraus demokratische Prozesse fördern – Vier Konkretionen

Aus den christlichen Wurzeln heraus demokratische Prozess fördern, wie kann das konkret aussehen?

1 Ich stehe persönlich, in meiner Präsenz und in Gesprächen dafür ein

Es fängt beim Einzelnen, bei mir persönlich an. Wie bin ich präsent mit meinen Überzeugungen? Wenn ich über den Gartenzaun oder mit Kollegen über die Lage ins Gespräch komme: Habe ich den Mut, meine wertschätzende Haltung und den Zusammenhang zum Potential des christlichen Glaubens explizit auszudrücken?

Unsere Zeit braucht die Worte, auch die persönlichen. Es ist ein Unterschied, ob eine Wirklichkeit benannt wird oder ob sie implizit nur mitgedacht werden soll. Denn das geschieht nicht unbedingt automatisch. Gegenwärtig sind viele Selbstverständlichkeiten in Vergessenheit geraten, gerade wie die Kraft des christlichen Glaubens mit den demokratischen Grundhaltungen verwoben ist oder sein könnte. Da braucht es das Mitmachen eines jeden Christenmenschen im Alltag und im jeweiligen Verantwortungsbereich. Man kann auch modern sagen: Es ist eine Frage der Präsenz jedes Bürgers/jeder Bürgerin. Weghören, schweigen oder sich zeigen und das, was mir wertvoll und teuer ist, ausdrücklich benennen. Schon einfache und persönliche Statements machen einen Unterschied und heben die Qualität eines Gesprächs auf ein anderes Niveau.

- „Das sehe ich anders, ich bin sehr froh, in einer demokratischen Gesellschaft zu leben. Ich profitiere von der Freiheit.“
- „Auch aus meinem christlichen Glauben heraus kann ich unsere Staatsform voll unterstützen, gerade in diesem Punkt, den Sie beklagen: Ein hoher Anteil der Staatsausgaben geht in den sozialen Ausgleich und fördert die soziale Gerechtigkeit und Frieden. Auch wenn man die Verteilung sicher noch verbessern kann.“

- „Ich bin überzeugt, dass wir die bestmögliche Staatsform haben. Ich möchte in keiner anderen Gesellschaft leben, auch nicht als Christin. Hier finde ich die besten Bedingungen, dass ich gut leben und mich entfalten kann und dass es auch alle anderen können, auch wenn sie anders denken und glauben als ich.“

Wenn die christliche Religion abgewertet wird und wenn falsche Informationen zugrunde liegen, muss man das nicht akzeptieren als die einzige Meinungsäußerung, die laut wird. Warum nicht parieren und eine Gegenkraft aufbauen:

- „Natürlich hat es Fehlformen gegeben in der jahrtausendalten Geschichte des Christentums. Machtmissbrauch, Gewalt etc. darf man nicht schönreden. Aber das, was uns das Christentum gegeben hat, ist ungleich wertvoller. Das Humane in unserer Gesellschaft hätten nicht diese Kraft ohne Gottebenbildlichkeit, Würde, Nächstenliebe. Sogar Feindesliebe. Freiheit und soziale Verantwortung sind stark von christlichen Wurzeln geprägt. Diese Tiefenprägung ist nicht zu unterschätzen. Und auch heute zehren wir von den Kräften der Menschen, die auch aus ihrem Glauben heraus für eine offene Gesellschaft eintreten.“

Die christlichen Werte geben Orientierung, allen voran das christliche Gottesverständnis. Es kann hilfreich sein, zu beschreiben, wie der Gott der Liebe die persönliche Haltung prägt:

- „Gott ist für mich nicht nur eine Idee, sondern eine wichtige Kraftquelle, gerade auch bei diesem strittigen Thema, wie wir mit Hass und Hetze umgehen. Wie finden wir da einen guten Weg? Nach christlichem Verständnis geht von Gott Liebe und Respekt aus. Ich erlebe das selbst so. Das schließt jede Abwertung, Verachtung und Gewalt gegen Andersdenkende aus. Das muss geschützt werden, egal von welcher Richtung der Hass ausgeht. Auf diesem gegenseitigen Respekt beruht auch unser Rechtsstaat.“

Solche Äußerungen machen einen Unterschied, auch wenn sie vermeintlich verhallen oder auf Widerstand stoßen. Sie gibt es zum Glück. Und wir brauchen mehr davon. Die Kraft des auch gegenwärtig wirkenden Geistes Gottes kann sich darin zeigen und unsere Worten Kraft geben, auch über unsere eigene begrenzten Argumentations- und Verstehensmöglichkeiten hinaus.

Vertraue ich meiner Selbstwirksamkeit? Oder aus der Perspektive des Glaubens gesagt: Vertraue ich Gottes Kraft in meinen Worten? Gottes Kraft fördert das Gute.

2 Ich bringe es öffentlich ein

Wer politische Verantwortung trägt, steht in der Öffentlichkeit, wird beobachtet. Statements, öffentliche Reden, Beiträge in Debatten haben ihre Wirkung. Und wir brauchen konstruktive Vorbilder als Modelle zum Nachahmen. Als Beispiele, die die konstruktiven Kräfte unterstützen: „Ach ja, so könnte es gehen.“ Die Kraft konkreter, positiver Beispiele ist nicht zu unterschätzen, auch wenn es einzelne solche Beiträge leider oft nicht in die Schlagzeilen schaffen. Aber die Aufmerksamkeit dafür in der Gesellschaft ist vorhanden. Konstruktive Beiträge stärken die Menschen und Interessen, die sich nicht an den lautstarken Parolen links oder rechts außen beteiligen; zugleich geben sie ihnen das Gefühl, mit ihren Positionen aus dem Bereich der gesellschaftlichen Mitte gesehen und repräsentiert zu sein (vgl. dazu: Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 32023). Sie stärken die konstruktiven Kräfte in großen Teilen der Gesellschaft, die Verantwortung für das Miteinander und den Zusammenhalt übernehmen: in Unternehmen, im Gesundheitswesen, in der Forschung und nicht zuletzt auf Demonstrationen für eine vielstimmige und faire Gesellschaft – und gegen Hass und Hetze.

3 Ich suche Verbündete, Gefährten, Gleichgesinnte, Resonanz

Kulturbildung fängt beim Einzelnen an und die Einzelnen brauchen Bestätigung für ihren Einsatz. Wir können einander stärken und unterstützen. Es ist leichter, sich zu vergewissern, wenn wir nicht für uns alleine bleiben, sondern in Resonanz gehen. Wir finden diese Unterstützung in der Regel leichter bei Gleichgesinnten, in der eigenen Partei, aber auch über Parteigrenzen hinaus. Gleichgesinnt in diesem Sinne kann auch bedeuten: Uns verbindet eine gemeinsame Sehnsucht, auch wenn wir im Konkreten für verschiedene, vielleicht sogar konträre Lösungen eintreten. Zwei oder drei Menschen sind schon viel, auf dieser Zahl liegt eine Verheißung Jesu: Wo zwei oder drei in meinem Namen zusammen sind, da bin ich mitten unter ihnen (Matthäus 18,20). Das gilt universell für jede Gelegenheit, auch für zwei oder drei, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Da können auch Menschen dabei sein, die für sich überhaupt nicht in Anspruch nehmen, im Namen Jesu zusammen zu sein. Die aber seine Anliegen teilen. Sie sind die Gefährten, die sich nicht persönlich angreifen, die ihren Einstellungen gegenüber Wohlwollen entgegenbringen, auch wenn sie differieren. Und die sich im Bewusstsein der Gegenwart des liebenden Gottes austauschen. Manche sagen auch: Im Bewusstsein der Lebenskraft, die uns alle speist. Oder: In der Ausrichtung auf das göttliche Geheimnis, das größer ist als wir. Verbündete für eine gute Kultur zu finden ist essentiell für das Engagement und lässt sie schon an sich wachsen.

4 Ich stärke die Kultur eines respektvollen Miteinanders

Wir wissen alle: Das Miteinander, das aus christlichen Wurzeln gespeist ist, das uns und anderen guttut, entsteht nicht von selbst. Es braucht viele Einzelne, die dafür einstehen, und die sich

mit anderen verbünden und verbinden, um gemeinsam diese Kultur und so die Basis für unsere Demokratie zu fördern. Demokratiestärkung ist eine dringliche Aufgabe geworden. Sie wird von vielen Institutionen, Initiativen und gesellschaftlichen Kräften wahrgenommen. Wo auch immer Räume entstehen, um gute Erfahrungen mit Menschen unterschiedlicher Überzeugungen zu machen und miteinander im Gespräch zu sein, wächst neues Vertrauen über bisherige Grenzen, Gräben und Ängste hinweg.

Das Christliche bringt sich nicht selbst in die Welt. Verantwortliche müssen sich verbünden, um stärker zu werden. Und um die christlichen Wurzeln und Werte konkret in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Der Gegenwind, den es dafür gibt, kann zu umso entschiedenerem Handeln führen: „Wir lassen uns den respektvollen Umgang miteinander nicht kaputt machen!“ Oder „Wir halten fest: Die christlichen Wurzeln und Werte sind eine große Kraft mit Tiefenwirkung in unserer Gesellschaft. Und sie haben die Kraft, auch Fehlformen und Machtmissbrauch zu entlarven und der Gewalt zu widerstehen.“

Dafür brauchen wir Räume, die das Rückgrat und gute Argumente stärken und neue und nachhaltige Lösungen generieren. Weil wir davon überzeugt sind, dass im Miteinander der Verschiedenen noch bessere Lösungen entstehen als die, die wir kennen, laden wir seit vielen Jahren zu Veranstaltungen ein, in denen Gesprächsräume geschützt sind und Vertrauen ermöglicht wird. Wir sind ermutigt durch all die Menschen in Verantwortung, die in solchen Räumen Kraft und Ideen sammeln. Und nach zwei Tagen z.B. sagen: „Mir ist bewusster geworden, dass Dinge, die im Raum stehen, kleiner werden, wenn wir sie anschauen und besprechen.“ Oder: „Wir haben einfach angefangen, die heiklen Themen unverblümt anzusprechen. Offen, sachlich, respektvoll. In unseren normalen Formaten kommen wir nicht dahin.“ Dafür braucht es eine Unterbrechung. Und manchmal auch einen dritten Ort, der den Verstand frei macht und das Herz offener werden lässt: „Ich habe hier wieder gelernt, zuzuhören und hinzuschauen. Und nicht gleich auf die Lösung zu stürzen.“ Die Erfahrung, die wir kennen und für die oft doch keine Zeit und kein Raum ist, ist ja: Wer sich Zeit nimmt, die verschiedenen Ebenen zu erkunden – Argumente, Herzensanliegen, die damit verbunden sind, etc. –, kommt schneller ans Ziel als diejenigen, die sich von den schnellen Lösungen locken lassen.

Wer sich Zeit nehmen möchte für gute Lösungen in komplexen Herausforderungen, ist herzlich eingeladen zu der Wochenendtagung „Wie kann der christliche Glaube die Demokratie stärken?“ (s. S. 11). Das Wochenende lebt von der Kompetenz und von der Vielfalt der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Wir brauchen ein großes Netzwerk und die Verbundenheit im Geist christlicher Grundhaltungen.



Isabel Hartmann

ist Pfarrerin, spirituelle Begleiterin und hat in Gemeinden und Cityprojekten in den USA und Deutschland gearbeitet.

Prof. Dr. Reiner Knieling

ist Pfarrer und apl. Professor für Praktische Theologie an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal.



Wie kann der christliche Glaube die Demokratie stärken?

Wochenende für politisch Verantwortliche und gesellschaftlich Engagierte

11.–13. April 2025, Wildbad, Rothenburg o.d.T.

Wie wir miteinander umgehen, wird entscheidend für die Zukunft unserer Gesellschaft und Demokratie sein. Dazu ist der christliche Glaube eine wichtige Ressource. Er bietet Orientierung, stärkt Fairness und Aufrichtigkeit und wird als Kraftquelle geschätzt: für Frieden, Vertrauensräume und Widerstand gegen Hass und Hetze.

- Wie kann der christliche Glaube zur Ressource für unser Miteinander werden?
- Wie stärken wir die breite Mitte in unserer Gesellschaft mitten in den lauten und polarisierten Debatten?
- Wie können wir – in der Partei, in unserem gesellschaftlichen Engagement – Vielfalt und Vielstimmigkeit fördern und gleichzeitig fair miteinander umgehen und Verbundenheit erleben?

Diese Fragen werden uns an dem Wochenende leiten. In schöpferischen Dialogen entstehen neue, oft überraschende Ideen. Die Erfahrungen und Kompetenzen der Teilnehmer/-innen spielen dabei eine wichtige Rolle. Im Miteinander liegt eine Kraft, die verbindet und im Alltag wirksam wird.

Pfarrerin Isabel Hartmann und **Prof. Dr. Reiner Knieling** arbeiten mit eigens dafür entwickelten Methoden seit vielen Jahren in Kirchen, Sozialunternehmen und Bildung.

Was Sie an diesem Wochenende erleben und gewinnen:

- Die Kraft der Gemeinschaft
- Orientierung und Vergewisserung
- Konkrete Antworten auf offene Fragen
- neue Ideen

Gestaltung:

Pfarrerin Isabel Hartmann und
Prof. Dr. Reiner Knieling,
Syntheo – Institut für Zukunftskultur,
www.syntheo-institut.de

Beginn/Ende:

Freitag: 11. April 2025, 16 Uhr bis
Sonntag: 13. April 2025, 13 Uhr

Ort:

Evang. Tagungsstätte Wildbad, Taubertalweg 42,
91541 Rothenburg/Tauber; <https://wildbad.de>

Kosten:

Unterkunft & Verpflegung:
280 € im EZ;
240 € im DZ.
Tagungsgebühr: 380 €.

Anmeldung und Veranstalter:

Syntheo – Institut für Zukunftskultur



Die Kirchen der Reformation in der Diaspora

Evangelische Kirchen Europas leiden unter einer forcierten Säkularisierung

Karsten Matthis

Weltweit nimmt „Religiosität“ zu. In Afrika, Asien und Lateinamerika wachsen Kirchen wie die Pfingstkirche oder andere evangelikale Gemeinschaften. Europa scheint dieser Entwicklung nicht zu folgen, sondern die Kirchen der Reformation, wie Lutheraner und Reformierte, verlieren an Mitgliedern. Während auf anderen Kontinenten das religiöse Interesse und die Hinwendung zum Glauben wächst, bildet Europa hierzu geradezu ein Gegengewicht.

Im November 2023 bestätigte die neue Mitgliederuntersuchung beider Kirchen in Deutschland, die vom Meinungsforschungsinstitut Forsa durchgeführt wurde, diese Entwicklung für Diözesen und Landeskirchen. Der Studie zufolge ist die **Bereitschaft unter evangelischen und katholischen Kirchenmitgliedern erheblich gestiegen, ihre Kirche zu verlassen**. Nur noch 35 % der evangelischen Mitglieder bekundeten, dass für sie ein Austritt nicht infrage komme. Noch vor elf Jahren konnten sich drei Viertel ein Verlassen ihrer Landeskirche nicht vorstellen. Sorgen muss den Kirchen auch bereiten, dass nur noch 19 % der bundesdeutschen Bevölkerung glauben, dass es einen Gott gibt, der sich in Jesus Christus offenbart hat. Eine religiöse Entfremdung scheint sich noch schneller zu vollziehen, als es von der Freiburger Studie aus dem Jahr 2019 prognostiziert wurde. Diese Ergebnisse der 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU) mögen beunruhigend sein, jedoch sind sie für Europa nicht atypisch.

Evangelische Minderheitskirchen in Europa

„Religion“ in Europa scheint im 21. Jahrhundert immer mehr an Bedeutung zu verlieren. Sinkende Mitgliederzahlen in den europäischen Kirchen sind ein Indiz dafür: Von den rund 60 Prozent der Europäer, die angeben, Christinnen und Christen zu sein, bezeichnen sich nur noch 11 Prozent als evangelisch. Die reformatorischen Kirchen und ihre Gemeinden geraten europaweit in eine Minderheitensituation.

Der **Schrumpfungsprozess der evangelischen Kirchen** basiert nicht nur darauf, dass mehr Christenmensen versterben als getauft werden, sondern es ergeben vielfältige regionale Aspekte für den Rückgang an Mitgliedern. In den Staaten der Europäischen Union entwickelt sich eine zunehmende „forcierte Säkularisierung“, welche breite Schichten der Bevölkerung erreicht hat. Die Zahl an Taufen und kirchlichen Eheschließungen sinkt europaweit. **Eine Entfremdung vom Glauben und eine Distanz zu den Kirchen wird familiär vererbt**. Christliche Traditionen werden immer weniger gelebt.

Es fehlen in vielen europäischen Parlamenten überzeugte Christinnen und Christen, die aus ihrem Glaubensverständnis heraus eine werteorientierte Politik initiieren. **Christdemokratische Parteien** sind aus der politischen Landschaft, wie z.B. in **Italien** oder in **Frankreich**, verschwunden. In den Niederlanden werden Regierungen ohne die Christdemokraten gebildet.

Christliche Medien, wie Zeitungen und Magazine, sind längst nicht mehr einflussreiche Stimmen in den europäischen Gesellschaften. Wenn Glaube immer mehr zur Privatsache degeneriert, dann ist er in der Gesellschaft weniger sichtbar.

Für viele Europäerinnen und Europäer hat der Glaube an Relevanz verloren und eine Bindung zur Kirchengemeinde vor Ort ist nur noch minimal vorhanden. Wenn Religion aus dem Leben vieler Einzelner verschwindet, dann hat dies Konsequenzen für die Gesellschaften. Bei weiter sinkenden Mitgliederzahlen wird es immer weniger möglich sein, ein vielfältiges Netz sozialer und kultureller Angebote aufrecht zu erhalten.

Ein Blick auf verschiedene Kirchen Europas bestärkt diese Beobachtung einer „forcierten Säkularisierung“: In **Österreich**, im Land der Gegenreformation, hat die evangelische Kirche über Jahrhunderte an ihrer Ausgrenzung gelitten. Das sogenannte Toleranzpatent von 1781 durch Kaiser Joseph I. gewährte der evangelischen Minderheit nur bescheidene Rechte. Erst im Jahr 1961 erreichte die evangelische Kirche Österreichs mit dem sogenannten Protestantengesetz eine Gleichstellung mit dem Katholizismus. Aktuell gehören den evangelischen Kirchengemeinden 265.000 Mitglieder an. Im Jahr 1962 waren es noch 430.000 Mitglieder. Im Jahr 2022 traten 5.988 Menschen aus den lutherischen und reformierten Kirchengemeinden Österreichs aus. In der Konfessionsstatistik liegt der Protestantismus an vierter Stelle hinter Katholiken, Muslimen und Orthodoxen. Im **Streit um die Abschaffung des Karfreitags als Feiertag** im Jahr 2019 bezog die evangelische Kirche Österreichs klar Position und zog vor das Verfassungsgericht, scheiterte aber mit einer Klage vor dem höchsten Gericht. Zugunsten des Karfreitags wurde ein beweglicher Urlaubstag eingeführt, den die Arbeitnehmer individuell festlegen können.

In der **Schweiz** sind die reformierten Landeskirchen und ihre Mitglieder in die Minderheit geraten. Nur noch 23,8 % der eidgenössischen Bevölkerung sind reformiert. In den einstigen Zentren der Reformation, Zürich mit 30 % und Genf mit 10 %, stehen den Reformierten eine Mehrheit aus Konfessionslosen und Katholiken gegenüber. Wie in Österreich zeigt sich auch in der begüterten Schweiz eine religiöse Indifferenz, insbesondere in den französisch sprechenden Kantonen.

In **Niederlanden** ist der Prozess der Säkularisierung noch weiter voranschritten. In der Metropole Amsterdam bekennen sich nur noch 2,5 % der Bevölkerung zum Protestantismus. Der Zusammenschluss der drei evangelischen Kirchen konnte den Relevanzverlust nicht aufhalten. Wie der Protestantismus hat aber auch der Katholizismus seinen ehemals starken Einfluss in Politik und Gesellschaft verloren. Die einstige sogenannte „Versäulung“ der Gesellschaft – in protestantische, katholische und sozialdemokratische orientierte Niederländerinnen und Niederländer – ist längst Geschichte.

In **Skandinavien** befürwortete eine Mehrheit der Bevölkerung eine stärkere Trennung zwischen lutherischer Nationalkirche und Staat. Konsequenz aus diesem Trennungsprozess ist, dass die lutherischen Kirchen in den nordischen Gesellschaften weniger wirksam sein können. Anders als in Finnland, Norwegen und Dänemark oder Island ist in Schweden eine „forcierte Säkularisierung“ verstärkt zu beobachten. Das Eurobarometer, verantwortet von der Europäischen Kommission, zeigte diese Entwicklung bereits im Jahr 2010 an, in welchem sich nur 18 % der schwedischen Bevölkerung zum Glauben an den einen Gott bekannten. Im Bereich der EU wurde ein Durchschnittswert von 51 % ermittelt. Der Stockholmer Soziologe und Religionswissenschaftler David Thurfjell analysiert die religiöse Situation als „nachchristlich säkular“. Die große Mehrheit der Schweden

schätze eine religionslose Gesellschaft und halte die lutherische Kirche in ihrem Glaubensverständnis für veraltet.

Im **Baltikum** sind die lutherischen Kirchen Minderheitskirchen in säkularisierten Gesellschaften. Die estnische Kirche vertritt einen strikt konservativen Kurs. Bei der Frauenordination und der Trauung von gleichgeschlechtlichen Paaren orientieren sich Esten an Altlutheranern, wie der deutschen SELK und der US-Amerikanischen Missouri-Synode. Im katholisch geprägten Litauen stellen Lutheraner und Reformierte ohnehin nur eine Minderheit dar. Der aufgezwungene Atheismus aus sowjetischer Zeit hatte die evangelischen Kirchen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Ein kirchlicher Neuanfang nach dem Ende russischer Herrschaft stellte sich nach der erzwungenen Entchristlichung als schwierig heraus.

Die reformatorischen Kirchen im ehemaligen **Osteuropa** litten ebenso unter der Ära des Kommunismus. Ihnen wurde diakonisches Wirken untersagt und ihre Öffentlichkeitsarbeit stark eingeschränkt. In Tschechien leidet der Protestantismus zudem unter seiner Zersplitterung. Neben theologischen Differenzen trennen sprachliche Barrieren die kleinen evangelischen Kirchen wie Lutheraner, Böhmisches Brüder und Hussiten voneinander. Zu einer Volkskirche konnten die evangelischen Kirchen in einem Umfeld der Habsburger Monarchie nicht reifen. Der Religionssoziologe und Priester Tomas Halik (geboren 1948), ein katholischer Intellektueller, der in seinem Land gehört wird, warnt jedoch vor der Annahme, dass Konfessionslosigkeit gleich Religionslosigkeit bedeute.

Im traditionell katholischen **Polen** ringen die kleinen evangelischen Kirchen um gesellschaftliche Anerkennung. Zur Evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession gehören in Polen nur 61.000 Mitglieder. Zu Beginn der 1990er Jahre waren es noch rund 90.000 Mitglieder.

Durch die Migration der deutschsprachigen Minderheit haben die evangelischen Kirchen **Rumäniens** stark an Mitgliedern in den letzten Jahrzehnten verloren. Staatspräsident Klaus Johannis als Siebenbürger Sachse gehört der evangelischen Minderheit an und bekennt sich zu seiner lutherischen Konfession. Johannis, Repräsentant von zwei Minderheiten, wurde im Jahr 2019 wiedergewählt. Tonangebend in einer immer noch religionsaffinen Gesellschaft bleibt die rumänische Orthodoxie.

In Ländern, in denen sich eine Reformation aufgrund der osmanischen Herrschaft nicht ereignen konnte, sind die evangelischen Kirchen schon seit Jahrhunderten in einer Diaspora Situation. Beispiele hierfür sind **Albanien** und **Bulgarien**, in denen aber die Orthodoxie gefestigt erscheint. In den Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens behindern Streitigkeiten um Eigentum und weitere Rechtsunsicherheiten die Aktivitäten der evangelischer Minderheitskirchen.

In **Griechenland** versuchten amerikanische Missionare im 19. Jahrhundert, evangelische Gemeinden ins Leben zu rufen. Diese missionarischen Bemühungen stießen aber auf heftigen Widerstand der Orthodoxie, die fest mit dem griechischen Staat verwoben ist. In der griechischen Verfassung ist Bedeutung der orthodoxen Kirche festgeschrieben. In Griechenland zählt die reformierte Kirche aktuell 5.000 Mitglieder.

In Süd- und Südosteuropa leben evangelische Gemeinde seit Jahrhunderten in einer Diaspora Situation. Dies trifft vor allem auf **Spanien** und **Portugal** zu. Unter den Diktaturen Francos und Salazars wurde der Katholizismus zur Staatskirche emporgehoben und die evangelischen Minderheiten als „etwas Fremdes im Land diskriminiert“. Evangelischen Pfarrern wurde der Zutritt zur spanischen Rentenkasse lange verwehrt. Der Beruf eines evangelischen Pfarrers wurde als Beruf nicht anerkannt.

Erst nach der Demokratisierung der beiden Länder wurden den evangelischen Gemeinden weitgehende Rechte zugestanden. Die presbyteriale Kirche Portugals (IEPP) zählt nur 2000 Mitglieder in 19 Gemeinden.

Wie können evangelische Kirchen Europas mit dem Mitgliederückgang und einer sich verschärfenden Säkularisierung umgehen? Die **Leuenberger Konkordie aus dem Jahr 1973** hat den Weg einer innerprotestantischen Versöhnung gewiesen. Alte innerevangelische Streitthemen wie das Verständnis vom Abendmahl wurden überwunden. Geeinte evangelischen Kirchen werden in den europäischen Gesellschaften gesellschaftlich stärker wahrgenommen als verschiedene kleine Kirchen. So haben sich die Evangelischen in Polen, Italien und Frankreich auf der Grundlage der Konkordie zusammengefunden. Das Kirchenmodell Österreichs war dabei Vorbild: Lutheraner und Reformierte bilden eine Kirchengemeinschaft in versöhnter Verschiedenheit.

Hilfen erfahren die kleinen evangelischen Kirchen in Ost- und Südosteuropa durch die EKD, verschiedene Landeskirchen und nicht zuletzt vom **Gustav-Adolf-Werk (Leipzig)** und dem **Martin-Luther-Bund (Erlangen)**. Diese vielfältigen Unterstützungen tragen dazu bei, dass die evangelischen Minderheitskirchen verschiedene Dienste aufrechterhalten können. Die beiden Hilfswerke durch Kollekten und Spenden zu fördern, stärkt evangelisches Leben in Europa. Verschiedene Landeskirchen unterstützen seit Jahrzehnten insbesondere Kirchen in der Diaspora.

Über die **Gemeinschaft der evangelischer Kirchen Europas (GEKE)** hinaus muss sich der Protestantismus weiter zusammenschließen. Werke, Verbände und Initiativen könnten sich

europaweit aufstellen. Theologische Hochschulen und Akademien müssen sich noch stärker vernetzen, um europaweit Studentinnen und Studenten sowie Interessenten zu gewinnen.

Heutige evangelische Großkirchen, die weiter zusammenschmelzen werden, können von kleinen Kirchen wie den **Waldensern** lernen. In Italien widmen sich die Waldenser sozialen Brennpunkten, versuchen nicht eine flächendeckende Diakonie zu betreiben. Sinnvoll erscheint eine Fokussierung auf wenige Themen und Projekte, damit ein evangelisches Profil sichtbar wird.

Als „**protestantisches Abenteuer in einer nicht-protestantischen Umwelt**“ beschrieb einst der österreichische Theologe Wilhelm Dantine (1911–1981) die evangelische Diaspora-Situation in Europa. Um dieses Abenteuer bestehen zu können, ist eine Theologie der Diaspora zu entwickeln, künftig dringend angezeigt.

Kürzlich erschien vom Autor Karsten Matthis im Grin Verlag, München: **Europäischer Protestantismus und Säkularisierung, München 2023, ISBN 978-3-346-94460-3**



Karsten Matthis

ist Pfarrer der Evangelischen Kirche im Rheinland im Westerwald. Zuvor hat er über ein Jahrzehnt die Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. (AZK) in Königswinter geleitet.

Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.

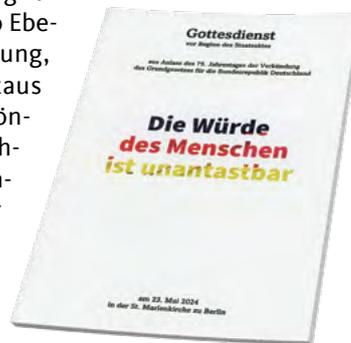




75 Jahre Grundgesetz – Ein Grund zum Feiern!

Auch viele junge Menschen engagieren sich heutzutage intensiv für unsere Demokratie: **Benita Ebeling**, unsere studentische Mitarbeiterin in der Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), hat es am **23. Mai im Ökumenischen Gottesdienst in der St. Marienkirche in Berlin** in ihrem Redebeitrag vor dem Bundespräsidenten und der versammelten bundespolitischen Prominenz auf den Punkt gebracht: „Demokratie ist ein Mitmachsport“.

Was bringt eine junge evangelische Frau dazu, sich heutzutage parteipolitisch in der Union zu engagieren? Benita Ebeling begründete ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement in der Union wie folgt: „Das Grundgesetz schafft eine Ordnung, die unser Engagement braucht. Und wir brauchen Werte, die unser Engagement leiten.“ Hinter dem Bekenntnis der Väter und Mütter des Grundgesetzes zur „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ stehe die klare und bewusste Abgrenzung zum Zivilisationsbruch der gottlosen Nazi-Herrschaft und, so Ebeling, „die leidvolle und abgründige historische Erfahrung, dass ein politisches Gemeinwesen letztlich von weitaus mehr lebt, als dem was Menschen sich selbst geben können.“ Dahinter stehe des Weiteren die historische Erfahrung, dass der Mensch selbst eine unveräußerliche Menschenwürde hat, weil er Bild Gottes ist. Und dahinter stehe schließlich auch die historische Erfahrung, dass die Menschlichkeit eines Gemeinwesens nur gewahrt werden kann, wenn es sich selbst nicht als absolut versteht.



Die vollständige Rede von Benita Ebeling können Sie auf der Startseite unserer EAK-Homepage (Rubrik „Aktuelles“) und unter dem folgenden Link einsehen:
https://youtu.be/n9gBs2ae_o



Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Henning Aretz,
Dirk Heuer, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Barbara Becker

Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Daniel Janke
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducu.de

Spenden-Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

Thomas Rachel MdB
Dr. Burkhard Budde
Isabel Hartmann/Prof. Dr. Reiner Knieling
Karsten Matthis
Christian Meißner

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis

Titelbild, S. 2, 3, 4 © Tobias Koch
S. 5, 6, 12, 16 © Christian Meißner
S. 9, 10 © Hartmann/Knieling
S. 11 © Ev. Tagungsstätte Wildbad/
Tom Schrade
S. 14 © Karsten Matthis
S. 15 © EKD

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!



Meditation



*„So seid ihr nun nicht mehr
Gäste und Fremdlinge, sondern
Mitbürger der Heiligen und
Gottes Hausgenossen...“*

(Eph 2,19a)

Fremdheitserfahrungen durchziehen unser gesamtes Leben. Sie gehören elementar zur „conditio humana“. Für den christlichen Glauben ist die Kategorie des Fremden sogar ein zentrales Datum des eigenen Selbst- und Weltverständnisses. Schon im Alten Testament wird das Volk Israel immer wieder daran erinnert, den Fremden in der eigenen Mitte zu achten, denn Israel war einst selbst ein Fremdling und Sklave in Ägypten. Fremdenhass und Ausgrenzung der Schwachen widersprechen daher diametral dem biblischen Menschenbild. Auf der anderen Seite hatten die Fremden in Israel aber auch das ihnen gewährte Gastrecht und die Spielregeln vollumfänglich zu respektieren und zu akzeptieren. Selbstverständlich galten die religiösen, ethischen und kulturellen Grundregeln, wie z.B. das Sabbathgebot, auch für den „Fremdling, der in deinen Toren ist“.

Die frühen christlichen Gemeinden im Römischen Weltreich empfanden sich selbst als „Fremdlinge“, da sie ihre wahre Heimat nicht in den Irrungen und Wirrungen dieser Welt wussten, sondern letztlich im Himmel, im Reich Gottes. Sie werden darum vom Apostel ebenso daran erinnert, dass sie als Heidenvölker erst durch Christus Jesus Zugang zu Gott, Hoffnung und Rettung erhalten haben und zuvor in Irrglauben, Sündenverlorenheit und Gottesferne gelebt hatten.

Pünktlich zum Jubiläum unseres Grundgesetzes ist es deshalb reizvoll, auch einmal über dieses gewissermaßen höhere Grundgesetz des Himmels nachzusinnen. Als Christen wissen wir: Wahre Heimat auf Erden ist immer nur vorläufig, wir haben hier letztlich keine bleibende Stadt. Daraus resultiert keineswegs Weltflucht, aber sehr wohl eine gesunde Relativierung all dessen, was mit Volk, Nation, Herkunft oder irdischen Identitätsnarrativen und Gruppenzuschreibungen zu tun haben könnte. Für dieses unverlierbare Bürgerrecht des Himmels gilt, was Helmut Thielicke einmal so treffend formulierte: „Ein Volk, das sich selbst aus dem Kontakt mit dem Lebensstrom des Vaters löst, (...) kann – von seinen jenseitigen Zufuhren abgeschnitten – auf Dauer eben nicht leben.“